

KOMMENTAR



*Demokratie stärken,
Mensch bleiben*

Von Christian Keller
christian.keller@vrm.de

Es kann eine Stunde für die Demokratie werden. Eine Stunde von Zehntausenden in einer mittelgroßen deutschen Stadt, die ohne ihre Hochschulen und Studenten und ohne Liebig wohl kaum nennenswerte Bekanntheit erfahren würde. Eine Stunde der Demokratie, bei der vierzig-, fünfzig-, gar sechzigtausend Gegendemonstranten protestieren und knapp 1.000 jungen Menschen, die ebenfalls eine Entscheidung für sich und für das Miteinander getroffen haben, zeigen wollen, dass sie mehr sind, dass sie lauter sind, dass sie sich widersetzen. Aber vor allem sollten sie die Größe haben, auch andere Meinungen, andere Standpunkte, ja sogar den Hass zu ertragen. Respekt zeigen. Mensch bleiben. Ja, das wäre ein Erfolg für die Demokratie. Und im Anschluss wäre die Gelegenheit, mit allen Mitteln des Rechtsstaats diese neue Organisation zu beobachten, demokratisch zu bekämpfen, vielleicht auch zu verbieten. Ja, das könnte so kommen. Es könnte aber auch ganz anders kommen. Indem man, sollte der Gegenprotest in Gewalt umschlagen, eben jener AfD alles an die Hand geben würde, aus diesem Wochenende einen echten Mythos, einen Opfer-Mythos, zu machen. Indem die Situation eskaliert. Gewalt gegen Einsatzkräfte, hinter denen sich im Übrigen Ehefrauen, Ehemänner, Brüder, Schwestern, Freunde befinden, die Schlagzeilen dominiert. Diejenigen, die in Uniform das erste Adventswochenende in Gießen verbringen, um unser Recht auf Freiheit zu schützen. Es wäre ein Genuss für Antidemokraten, im Anschluss über das Versagen des Staats und der Politik zu schwadronieren. Das sollte jeder bedenken, der am Wochenende zu recht auf die Straße geht und ein Zeichen setzt. Friedlich bleiben. Mensch bleiben.

Richter sagen, wo Demos erlaubt sind

In der Weststadt vor der Hessenhalle oder auf der anderen Lahnseite? Gerichte haben das letzte Wort

GIESSEN (br). Wer darf wo in Gießen demonstrieren? Diese Frage hat Gerichte beschäftigt. Hintergrund: Mehrere Organisationen hatten Kundgebungen und Demonstrationen in direkter Nähe der Hessenhalle in der Gießener Weststadt angemeldet – dort, wo die AfD ab morgen ihre Jugendorganisation gründen will. Der DGB meldete eine Kundgebung mit 30.000 Teilnehmern an, die Partei „Die Linke“ eine mit 1.000.

Gefahr für Leib und Leben, fehlende Rettungswege

Die Stadt Gießen verbot am 22. November alle Kundgebungen in der Weststadt. Begründung: Die Versammlungsbehörde befürchte erhebliche Gefährdungen für Leib und Leben, Rettungs- und Notfallwege seien nicht freizuhalten. Gegen diese Entscheidung setzten sich mehrere anmeldende Organisationen juristisch zur Wehr. Das Verwaltungsgericht Gießen ist erstinstanzlich zuständig und entschied ab Mittwoch über mehrere Anträge.

Zunächst verwarf es die Beschwerde des DGB – das Demo-Verbot für dessen Anmeldung von 30.000 Personen blieb bestehen. Dagegen legte der DGB Einspruch beim Verwaltungsgerichtshof in Kassel ein. Die Entscheidung steht bis Freitagmittag noch aus. Weitestgehend Recht hingegen bekam der Kreisverband der

Partei „Die Linke“ vom Verwaltungsgericht. Mit 1.000 Teilnehmern darf er doch in der Nähe zur Hessenhalle in der Weststadt demonstrieren.

Dabei sind bestimmte Abstände einzuhalten, so die gerichtliche Auflage. Auch das globalisierungskritische Netzwerk Attac siegte vor Gericht mit der Anmeldung einer Mahnwache in der Weststadt. Dagegen wiederum ging die Stadt Gießen vor, wie das Rathaus auf Nachfrage dieser Redaktion mitteilte. Nun haben die Richter in Kassel mutmaßlich das letzte Wort.

Wann kommt die Entscheidung? „In der Regel werden versammlungsrechtliche Eilverfahren vor dem Beginn der Versammlung entschieden, sofern die zeitlichen Abläufe dies ermöglichen“, heißt es von einem Gerichtssprecher auf Nachfrage. Was immer in Kassel entschieden wird, wäre wohl verbindlich für das Wochenende: „Eine Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshof im Beschwerdeverfahren wäre im verwaltungsgerichtlichen Instanzenzug unanfechtbar.“

Die Polizei sei vorbereitet, heißt es auf Nachfrage. Ein Sprecher sagt: „Unser Einsatzkonzept ist flexibel und abgestuft; wir werden deshalb die Rahmenbedingungen schaffen, um eine möglichst sichere und geordnete Teilnahme an den Versammlungen zu ermöglichen.“

Deutschland blickt auf Gießen

Ruhe vor dem Sturm? / Zehntausende Demonstranten und etwa 1.000 AfD-Anhänger erwartet / Gibt es Gewalt?

Von Mika Beuster

GIESSEN. Es ist der größte Polizeieinsatz in Deutschland an diesem Wochenende, einer der größten, die Hessen je gesehen hat: Bis zu 6.000 Polizisten aus allen Bundesländern – außer Bremen – und der Bundespolizei werden in Gießen im Dienst sein. Auf der einen Seite 1.000 Delegierte der Gründungsversammlung der AfD-Jugendorganisation, auf der anderen Seite mehr als 50.000 Demonstranten, die gegen Rechtsextremismus und für Demokratie auf die Straße gehen.

Das alles in einer 90.000-Einwohner-Stadt. Darunter viele Bürger, die an diesem Wochenende den Weihnachtsmarkt besuchen wollten. Gewerbetreibende fürchten Millionen-Euro-Einbußen. Das Ereignis wirft am gestrigen Freitag nachmittag seine Schatten voraus. Polizeifahrzeuge sind in ganz Mittelhessen zu sehen, sie stehen wie etwa in Wetzlar vor dem Hotel an der Buderus-Arena, werden in Gießen zusammengezogen, außerdem Feuerwehr, THW und Krankenwagen. Anspannung, Angst vor Gewalt in Gießen.

Wie friedvoll wird der Protest in Gießen?

Wie friedvoll werden die Proteste – herrscht Ruhe vor dem Sturm? Vor Gerichten wird bis in die letzten Stunden juristisch gerungen, wer wo demonstrieren darf.

Viele Demonstranten kommen aus dem ganzen Bundesgebiet nach Gießen. Leonard Kunz von „Wettenberg bleibt bunt“ erklärt dieser Redaktion derweil die Perspektive jener Engagierten, die nach einem turbulenten Wochenende weiter in der Region bleiben werden.

Verschiedene Akteure im Landkreis Gießen hatten sich bereits vor einem halben Jahr zusammengeschlossen,



Der Protest gegen die AfD-Veranstaltung am Wochenende formiert sich.

Foto: Boris Roessler/dpa

um gemeinsam als Bündnis für Demokratiearbeit im ländlichen Raum zu wirken. „Vielfalt verbindet Gießen“ wird am Samstag mit einem Stand über das ehrenamtliche Engagement informieren.

Eigentlich wollen sie die Perspektive weiten – über den Protest gegen die AfD hinaus darauf, dass der Einsatz für Demokratie mit einer Kundgebung nicht erschöpft ist, sondern es auch langfristig mit dem Engagement weiter gehen müsse. Die verschiedenen Demokratie-Organisationen sind in fast allen Orten im Landkreis vertreten, stehen dort für Respekt und Zusammenhalt ein. Aber dieser Aspekt werde in der aktuellen Diskussion überlagert vor der Furcht vor gewaltsamen Ausschreitungen

in Gießen. „Wir möchten eine friedliche Stimme sein.“ Dass Antifaschismus automatisch Gewalt bedeute – Kunz weist solche Befürchtungen zurück. „Wir stehen gegen Faschismus, für Rechtsstaatlichkeit, da ist kein Platz für Gewalt, das ist uns wichtig, zu betonen.“

Dass vor den Demonstrationen gegen die AfD-Veranstaltung in Gießen Angst vor Gewalttaten geschürt wurde, ist in den Augen der Demokratie-Aktiven „eine Kampagne“, die Antifaschismus – fälschlicherweise – mit Gewalt verbinde und so versuche, zu delegitimieren.

Die AfD sei es, die Menschenwürde, den Rechtsstaat, den Parlamentarismus abschaffen wolle, erklärt der Demokratie-Aktivist. „Das ist der Grund, warum wir auf die Straße gehen.“

Innenminister: Protest gegen die AfD ist legitim

Hessens Innenminister Roman Poseck (CDU), sieht es ebenfalls als „legitim, gegen die AfD zu demonstrieren“, wie er in Gießen bei der Vorstellung des Einsatzkonzeptes der Polizei am Mittwoch sagte. Allerdings habe die Polizei Hinweise darauf, dass es zu Gewalt kommen könne. Die Vielzahl der Demonstrierenden werde zwar friedlich sein, der Innenminister erwartet dennoch auch Gewalt.

In linksextremen Kreisen sei es zu entsprechenden Aufrufen gekommen. Wer aber Gewalt anwende, der disqualifiziere sich als Verfechter der Demokratie, sagt Poseck. Man rechne mit einigen Hundert potenziellen Gewalttätern. Vor

allem vor Blockaden hat man Sorge.

Die Initiative „Widersetzen“ hat am Freitag in Gießen erklärt, dass von diesem Aktionsbündnis keine Gewalt ausgehen werde. „Widersetzen“ hatte bundesweit zur Teilnahme an Kundgebungen aufgerufen. Gewalt komme vor allem von Rechts, heißt es von „Widersetzen“. Auch befürchte man seitens der Polizei eine Eskalation. Allerdings wolle man mit Körpern Zuwege der AfD-Veranstaltung blockieren.

„Wir möchten eine friedliche Stimme sein.“

Leonard Kunz, Bündnis „Vielfalt verbindet Gießen“

Die Gewerkschaft der Polizei sieht die Lage indes brisant. Deren Vorsitzender Rainer Wendt warnte am Freitag in Wiesbaden vor „massiven Gefahren“ für Einsatzkräfte in Gießen. Innenminister Poseck und der Polizeipräsident für Mittelhessen, Torsten Krückemeier, betonten derweil, die Polizei werde „neutral“ agieren und für keine politische Seite Partei ergreifen. Lahn-Dill-Landrat Carsten Braun (CDU), selbst früher Polizeibeamter, rief auf Facebook zu Respekt für die Einsatzkräfte auf.

Braun wünschte sich, dass alle nach dem Wochenende wieder gesund und unverseht zu ihren Familien zurückkehren könnten. Derzeit stehen die Zeichen darauf, dass es so sein könnte: Eine Demo von Schülern blieb am Freitag zunächst friedlich.

Diese Straßen sind am 29.11. in Gießen gesperrt

Stand 28.11. / 16 Uhr



Quelle: Stadt Gießen

© OpenMapTiles © OpenStreetMap contributors